



**N i e d e r s c h r i f t**

**18. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses**

---

Sitzungstermin: Donnerstag, 29.10.2015  
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:55 Uhr  
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

---

Anwesende:

Herr Rudolf G. Beeth  
Frau Annette Glage  
Frau Ute Algier  
Frau Ingrid Helmrich  
Herr Joachim Miermeister  
Herr Ole-Christopher Plambeck  
Frau Ulla Lange  
Herr Dr. Christopher Schmidt  
Frau Cordula Schultz  
Frau Maren Berger  
Frau Annelie Eick  
Herr Dr. Jörg Seeger  
Herr Matthias Ziebuhr  
Herr Norbert Dachsel  
Herr Hans Jeenicke  
Herr Claus Peter Dieck  
Herr Henning Wulf  
Herr Gerd-Rainer Busch  
Frau Edda Lessing  
Frau Ingrid Olef  
Herr Hans-Jürgen Sass-Olker  
Frau Hella Dorando-Marsch  
Herr Toni Köppen  
Herr Heinz-Michael Kittler  
Frau Hahn VHS Kaltenkirchen  
Frau Andrasch FDL Flüchtlingsbetreuung/Fachaufsicht  
Herr Heinze FDL Wirtschaftliche und rechtliche Jugendhilfe

Vertretung für: Herrn Thomas Jäger

Vertretung für: Herrn Oliver Weber

bis 20:30 Uhr  
KT-Abg. als Gast ab 19:30 Uhr  
KT-Abg. als Gast bis 18:50 Uhr  
KT-Abg. als Gast bis 20:10 Uhr  
KT-Abg. als Gast ab 19:30 Uhr bis 20:10 Uhr  
als Gast bis 20:10 Uhr  
KT-Abg. als Gast ab 19:30 Uhr bis 20:10 Uhr  
als Gast bis 20:30 Uhr  
KT-Abg. als Gast ab 19:30 Uhr  
KT-Abg. als Gast ab 19:30 Uhr  
bis 19:45 Uhr  
bis 20:10 Uhr

Frau Lohmeier FDL Betreuungsbehörde  
Frau Voss FDL Soziale Sicherung  
Herr Wenzel Jugendhilfe und Bildungsplanung  
Frau Harder Protokollführerin

bis 20:10 Uhr

Abwesende:

Herr Thomas Jäger  
Herr Oliver Weber

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.09.2015
- 3 Bericht des Vorsitzenden
- 4 Berichte der Verwaltung
- 4.1 Vorstellung der Aufgaben der Betreuungsbehörde  
Vorlage: DrS/2015/246
- 4.2 Bericht über die Arbeit der Mitglieder der Kooperationsvereinbarung Jugend und Beruf  
Vorlage: DrS/2015/261
- 4.3 Bericht über den aktuellen Stand KOSOZ
- 4.4 Bericht über Sprachkurse  
Vorlage: DrS/2015/253
- 4.5 Bericht über die zentrale Unterbringung des Kreises für Flüchtlinge
- 4.6 Bericht über die Stellenbesetzung der für 2015 oder in 2016 bewilligten Stellen  
Vorlage: DrS/2015/249
- 4.7 Aktueller Stand des Einsatzes von Schulassistenten in Grundschulen sowie der Bewilligung von Schulbegleitungen durch den Kreis als Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger  
Vorlage: DrS/2015/240

- 4.8 Jugendhilferechtliche Leistungen für junge Menschen, Kinder und Familien aus dem Kreis der Asylsuchenden  
Vorlage: DrS/2015/238
- 5 Themen der Regionalen Pflegekonferenz am 23.11.2015  
Vorlage: DrS/2015/247
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Informationen und Anfragen
- 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II

*Der folgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich behandelt.*

- 8 Rückstandsentwicklung im Bereich "stationäre Hilfe zur Pflege" im FD 50.00 "Soziale Sicherung"  
Vorlage: DrS/2015/242

**Protokoll:**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

**zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

**zu 2 Formalien**

**zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Da es nach Aussage des Vorsitzenden keine aktuellen Berichte zum TOP 4.3. gebe, wird dieser Punkt in die Januarsitzung verschoben. Der Punkt 8 wird nichtöffentlich behandelt. Der Ausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

**zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.09.2015**

Frau Andrasch erläutert, dass sie in der letzten Sitzung berichtet habe, dass in Kooperation mit der Volkshochschule Kaltenkirchen-Südholstein GmbH ein Konzept „Deutsch-als-Zweitsprache“ für die ehrenamtlichen Flüchtlingslotsen entwickelt wurde. Dem Konzept wurde zugestimmt. Die Mittel stehen durch den Sozial- und Hauptausschuss zur Verfügung

**zu 3 Bericht des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende berichtet, dass die Danksagung an die Helfer bei der Flüchtlingsarbeit auf-

grund der Ferien auf die kommende Sitzung verschoben wird.

Das Thema Jugend im Kreistag sei aufgrund der Themenfülle noch nicht behandelt worden. Da die nächste Veranstaltung schon am 30.11.2015 stattfindet, sollen diese Ergebnisse zunächst abgewartet werden.

Aus dem Unterarbeitskreis Asyl kündigt der Vorsitzende zur kommenden Sitzung eine Vorlage zu den Mietobergrenzen an.

Das Projekt 2030 werde im Juni 2016 auslaufen. Eine Zwischenbilanz im Rahmen einer Veranstaltung habe es am 5. Oktober gegeben.

Für den Januar 2016 sei das Thema „Flüchtlingsbeirat“ für den Unterausschuss Asyl terminiert, bei welchem Frau Lorenz und Frau Wilken gehört werden sollen.

Die in einer der vergangenen Sitzungen von Herrn Jeenicke angesprochenen Pflegeprobleme im Ostkreis werden in der kommenden Pflegekonferenz thematisiert.

#### **zu 4        Berichte der Verwaltung**

##### **zu 4.1     Vorstellung der Aufgaben der Betreuungsbehörde Vorlage: DrS/2015/246**

Zunächst stellt sich die Fachdienstleiterin Frau Lohmeier persönlich sowie zwei ihrer anwesenden Mitarbeiter vor und erläutert, dass es in ihrem Fachdienst um die rechtliche Betreuung und Vertretung von volljährigen Menschen gehe. Sie erläutert ihren schriftlich vorliegenden Bericht. Danach sei u.a. die Bestellung der Betreuungsbehörde als Betreuer ein Ausnahmefall oder nur von kurzer Dauer. Des Weiteren biete die Betreuungsbehörde regelmäßige Sprechstunden in Kaltenkirchen und Norderstedt an

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Seeger erklärt Frau Lohmeier, dass derzeit noch keine Flüchtlinge rechtlich betreut werden, aber davon ausgegangen werden könne, dass dieses mit der Zeit kommen werde.

Zu Frau Lange führt Frau Lohmeier aus, dass es keine gesetzliche Grenze für die Übernahme von Betreuungen durch Ehrenamtliche gebe. Allerdings achte ihr Fachdienst aufgrund eines Umkehrschlusses zu den Regelungen für Hauptamtliche darauf, dass höchstens 10 Betreuungen zugeteilt werden.

Des Weiteren erläutert Frau Lohmeier auf Hinweis von Herrn Jeenicke, dass der Gesetzgeber festgelegt habe, dass durch die Betreuungsbehörde keine Patientenverfügungen ausgestellt werden dürfen. Allerdings dürften Vorsorgeregulungen beglaubigt werden, was den Menschen in den meisten Fällen schon weiterhelfe.

Die Möglichkeiten für die Betreuten, die einen neuen Betreuer wünschen, seien sich direkt an die Behörde, Vereine oder Betreuungsgericht zu wenden oder einen Dritten damit zu beauftragen. Es könne dann z.B. bei Gericht ein Antrag auf einen Betreuungswechsel gestellt werden. Zu der Nachfrage des Vorsitzenden zu den erwarteten Zahlen in 2015 erklärt Frau Lohmeier, dass die bundesweite Stagnation der Zahlen im Kreis nicht angekommen sei, sondern das weiterhin eine Steigerung zu verzeichnen ist. Aktuell beläuft sich die Zahl der Betreuungen zum heutigen Tage auf 4.140 Fälle.

Eine Umstrukturierung in die Sozialraumorientierung sei nicht vollständig umsetzbar. Zwar gebe es regionale Zuständigkeiten, da die Situation vor Ort bekannt sein müsse, allerdings sei ein zentraler Sitz aufgrund der Spezialisierung und den damit verbundenen notwendigen kurzfristigen Verabredungen notwendig. Den Kollegen in der Sozialraumorientierung seien aber die entsprechenden Ansprechpartner bekannt.

Zum Abschluss äußert der Vorsitzende den Wunsch, in Zukunft öfters aktuelle Berichte der Betreuungsbehörde in den Ausschusssitzungen zu hören.

##### **zu 4.2     Bericht über die Arbeit der Mitglieder der Kooperationsvereinbarung Jugend und Beruf Vorlage: DrS/2015/261**

Herr Wenzel erläutert, dass diese Vorlage für diesen Ausschuss wichtig sei, damit er sich inhaltlich in die Entscheidungsfindung einbringen kann. Derzeit sei die Frage, inwieweit Jugendberufsagenturen als Zukunftsperspektive auf den Kreis Segeberg passen. Des Weiteren kündigt

Herr Wenzel für das kommende Jahr einen ausführlichen Bericht an. Aufgrund des Zeitablaufes stellt sich der Vorsitzende die Frage, mit welcher Priorität diese Angelegenheit behandelt werde. Er bemängelt die fehlende Auseinandersetzung mit den Problemen junger Menschen, die noch keinen geeigneten Zugang zu einem beruflichen Einstieg gefunden haben und bittet um vertiefende Erläuterung in der angekündigten Vorlage, was für z.B. diejenigen getan werde, die noch schulpflichtig sind oder als „entkoppelte“ Jugendliche in unseren Hilfesystemen nicht angekommen sind.

#### **zu 4.4 Bericht über Sprachkurse Vorlage: DrS/2015/253**

Zunächst bedankt sich Frau Hahn für die unbürokratische Bereitstellung der Restmittel, wodurch die Bedarfe zum Teil befriedigt werden könnten. Die derzeitigen Kurse seien voll belegt, weshalb sich die Frage stelle, wie in 2016 damit umgegangen werden soll. Zum Ist-Stand führt Frau Hahn aus, dass die VHS im Gegensatz zu anderen eine sehr gute Angebotsstruktur vorweisen könne. Die VHS werde beantragen, Kompaktkurse mit 200 Stunden anzubieten. Die Integrationskurse seien das Kerngeschäft, gerade weil die Kurse jetzt auch von geduldeten Personen besucht werden dürfen. Allerdings seien hierfür zu wenige Fachkräfte vorhanden. Zusammenfassend könne sie sagen, dass bereits gute Strukturen geschaffen worden seien, die es nun gilt weiter auszubauen.

Auf die Nachfrage des Vorsitzenden, ob der Bedarf für „Bei Ankunft Sprache“ auch in 2016 gedeckt werden könne, entgegnet Frau Hahn, dass sie derzeit nicht davon ausgehe.

#### **zu 4.5 Bericht über die zentrale Unterbringung des Kreises für Flüchtlinge**

Frau Andrasch berichtet dem Ausschuss, dass die ISE derzeit davon ausgehe, dass die Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf im Februar 2016 wieder in Betrieb genommen werden könne und die Menschen nach und nach einziehen können. Angedacht sei eine kleine Eröffnungsfeier gemeinsam mit dem Land.

Es sei die Einführung der Transpondertechnik geplant, um Zugänge entsprechend einschränken zu können.

Für die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf laufe derzeit das Ausschreibungsverfahren. Frau Lessing ergänzt aus dem letzten Werkausschuss, dass es sich um ein verkürztes Verfahren handle und eine schnelle Umsetzung geplant sei.

Bzgl. des Gasthofes Warder See sei das Problem aufgekommen, dass am gestrigen Tage die Gemeindevertretung beschlossen habe, das Gebäude selbst zu kaufen und einen Bürgerentscheid herbeizuführen.

#### **zu 4.6 Bericht über die Stellenbesetzung der für 2015 oder in 2016 bewilligten Stellen Vorlage: DrS/2015/249**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erläutert Frau Andrasch, dass die Stellen Sachbearbeitung im Bereich Asyl ausgeschrieben seien. Aufgrund der Erfahrungen hinsichtlich einer Ausschreibung von befristeten Stellen im FD 50.00 wurde die Ausschreibung nun unbefristet vorgenommen. Es sei wichtig, vorhandenes gutes Personal zu halten. Viele Bewerber würden aufgrund der Befristung abspringen. Der Vorsitzende begrüße unbefristete Ausschreibungen und habe daher bereits eine entsprechende Liste beim Fachbereich III für die weiteren Beratungen angefordert.

#### **zu 4.7 Aktueller Stand des Einsatzes von Schulassistenten in Grundschulen sowie der Bewilligung von Schulbegleitungen durch den Kreis als Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger Vorlage: DrS/2015/240**

Auf die Nachfrage von Herrn Miermeister, erläutert Herr Heinze, dass alle Kreise diesbezüglich ihrer Verantwortung gerecht geworden seien. Belastbare Zahlen zu der Zukunft einer langfristigen Trennung könne es eventuell erst im zweiten Schulhalbjahr geben. Zu den Kosten des Kreises beabsichtigt die Verwaltung, die tatsächlichen Bedarfe zu erfassen und dann dem Land eine entsprechenden Abrechnung präsentieren zu können.

**zu 4.8 Jugendhilferechtliche Leistungen für junge Menschen, Kinder und Familien aus dem Kreis der Asylsuchenden**  
**Vorlage: DrS/2015/238**

Herr Heinze erläutert, dass diese Vorlage aus einer Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss entstanden sei. Die Kernaussage sei, dass sich SGB VIII und XII nach der Bleiberechtsperspektive richte. Lediglich Ausreisepflichtige hätten keinen Anspruch auf die Leistungen nach diesen Gesetzen.

Zu der Nachfrage von Frau Lange erklärt Herr Heinze, dass für die Flüchtlinge ebenso wenig wie für deutsche Kinder die Pflicht bestehe, eine Kindertagesstätte zu besuchen.

Herr Busch informiert, dass aktuell 329 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Kreis leben, von denen knapp 200 noch nicht versorgt seien. Herr Heinze ergänzt, dass die geforderte sozialpädagogische Betreuung und Unterbringung in geeigneten Wohnungsformen derzeit nicht denkbar sei. Daher werde im Moment nach entsprechenden Lösungen gesucht.

**zu 5 Themen der Regionalen Pflegekonferenz am 23.11.2015**  
**Vorlage: DrS/2015/247**

Es gibt keine Anmerkungen aus dem Ausschuss.

**zu 6 Verschiedenes**

**zu 6.1 Informationen und Anfragen**

Auf Anregung des Vorsitzenden einigt sich der Ausschuss darauf, dass weiterhin lediglich die sozialpolitischen Sprecher an dem Unterausschuss Asyl mitarbeiten werden.

In der November-Sitzung soll das Thema Gesundheitskarte behandelt werden, da die Landesregierung die Einführung zum 01.01.2016 beschlossen habe. Frau Andrasch führt auf Hinweis von Herrn Dr. Seeger aus, dass die Verwaltungskosten in Höhe von 8% vom Kreis getragen werden müssten. Ca. 360.000 Euro seien für den Haushalt 2016 eingeplant. Frau Andrasch schildert das sehr bürokratische Verfahren.

Frau Andrasch berichtet des Weiteren, dass die Bundesagentur für Arbeit eine Erstberatung für Flüchtlinge, welche sich noch im Verfahren befinden, anbiete. Der Kreis arbeite hier sehr eng mit der Agentur für Arbeit zusammen und leitete die Informationen an die Ehrenamtlichen vor Ort weiter. Eine erste Veranstaltung habe es bereits in Norderstedt gegeben und eine weitere soll im November in Bad Segeberg folgen.

Abschließend informiert Frau Andrasch, dass es im Kreis Steinburg in Zusammenarbeit mit dem paritätischen Wohlfahrtsverband den Versuch eines Aufbaus eines Netzwerkes für traumatisierte Flüchtlinge gebe, in welches sich der Kreis eingeklinkt habe.

**zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung**

Der Vorsitzende kündigt für die kommende Sitzung die Danksagungen sowie die Haushaltsberatungen an.

Frau Andrasch ergänzt, dass auch der Antrag der LINKEN zum Wohnungsbau, die Vereinbarung der kommunalen Ziele bzgl. Jobcenter und Kreis, die Ergebnisse des Unterausschusses zur Nichterhebung der Mietobergrenzen sowie die Vorstellung der Koordinierungsstelle thematisiert werden.

**zu 7 Einwohnerfragestunde II**

Zu der Frage von Frau Dorando-Marsch, ob die Befristung der Stelle Freiwilligenmanagement aufgehoben wird, erläutert der Vorsitzende, dass dieses im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden werde.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rudolf G. Beeth  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder  
(Protokollführung)